



---

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

## **DR. NAAS ZU SICHERHEITSKONTROLLEN**

10.01.2020

---

- **Zuständigkeiten für Sicherheitskontrollen muss zurück zum Land**
- **Fraport soll unter Aufsicht von Verkehrsministerium und Bundespolizei arbeiten**
- **SPD-Vorschlag würde Gehaltseinbußen für Sicherheitsmitarbeiter bedeuten**

WIESBADEN – „Wir sind uns mit der SPD einig, dass das Land Hessen nach bayerischem Vorbild in Auftragsverwaltung für die Sicherheitskontrollen am Frankfurter Flughafen zuständig sein soll. Das haben wir bereits mehrfach bekräftigt und im Plenum beantragt. Schön, wenn die hessische SPD entgegen ihrer Bundespartei hier nun auch auf den Kurs der FDP einschwenkt“, erklärt der verkehrspolitische Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag Dr. Stefan NAAS.

Qualität und Schnelligkeit von Sicherheitskontrollen sind ein wichtiger Faktor für die Konkurrenzfähigkeit eines Flughafens. Allein dadurch, dass man bei den Ausschreibungen nicht mehr dem Rahmenvertrag der Bundespolizei unterliege, könne man in technische Innovationen investieren, wie dies auch in München bereits passiere. Dort werde derzeit ein Computertomograph statt eines Röntgengeräts getestet, was bedeute, dass Fluggäste elektronische Geräte und Flüssigkeiten nicht mehr auspacken müssen. „Die Bundespolizei bleibt natürlich für alle hoheitlichen Aufgaben weiter verantwortlich. Ausschreibungen und Dienstpläne erstellen ist aber nicht das Kerngeschäft der Bundespolizei“, ist sich Naas sicher. Es gehe den Freien Demokraten darum, das operative Geschäft zu verbessern, um die Zufriedenheit der Passagiere zu erhöhen. „Wir sind deshalb für eine operative Übertragung an die Fraport unter Aufsicht von Bundespolizei und Verkehrsministerium offen. Dass die SPD das als Privatisierung



denunzieren will, ist weit hergeholt. Zumal die Mitarbeiter als Landesbedienstete deutlich weniger verdienen würden, als im jetzt geltenden Tarifvertrag. Wir finden es jedenfalls gut, wenn Menschen in der freien Wirtschaft gut bezahlt werden.“

---

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: [presse-fdp@ltg.hessen.de](mailto:presse-fdp@ltg.hessen.de)